

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erstausgabe 100 Mark. Abonnementpreis durch die Post bezogen
vierjährlich 150 Mark. Einzelpreis die Spiegel. Mittelmeter alle für Arbeits-
zeiten 75 Pf. Heftblätter und Erwachene 1 Mark.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-
Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsführer: Duisburg, Stavelotstr. 17. Heraus 1920-07
Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Beiträge und Abonne-
mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 10

Duisburg, den 6. März 1920

21. Jahrgang

Metallarbeiter! Metallarbeiterin! Alle Mann an Bord bei den Betriebsratswahlen!

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft.

Von Prof. Dr. Wygodzinski (Darm.)

Die schwierige Wirtschaftslage der Gegenwart auf eine bestimmte Ursache zurückzuführen ist nicht angängig; eine Summe von Umständen mußte zusammenkommen, um unseren jetzigen Fall zu bewirken. Es ist das unfruchtbare Geschäft, hier wie anderswo in großen weltweiten Hölzchen-Geschäften, nach dem „Schuldigen“ zu suchen. Es ist Schluß, daß uns alle, die ganze Welt, zu diesem Ziele getrieben hat. Will man denn durchaus einen Schuldigen haben, so frage man sich selbst, ob man nicht irgendwie, wenn auch völlig unbewußt und ohne jede Absicht, seinen Anteil davon auf sich zu nehmen hat. Nicht nur Handlungen, auch Gedanken und Gefühle können schon in diesem Sinne Teilgelder eines großen Schuld seines; ja vielleicht ist die Gedankenschuld größer als jede andere. Ich denke dabei in erster Linie an jenen Geist des Hasses, der Abneigung, des Kampfes, der für die Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahrhunderts kennzeichnend ist. Voll gegen Volk, Klasse gegen Klasse, Beruf gegen Beruf, Mann gegen Mann, jeder sah im anderen nicht den Teilnehmer am Werk, sondern den Konkurrenten, den Gegner. Das ganze Mittelalter stand in seiner Wirtschaftsführung unter dem Gedanken der „Mehrung“. Das heißt: jeder einzelne sollte sein ordentliches Auskommen, seine Nahrung haben; aber der andere sollte auch leben. Der Kunstmaler wies Arbeit ab, damit der bedürftige Bruder auch etwas zu tun habe. Vorerst sollt aber stand unter dem Kelch des Bruderkampfes; es doch selbst der Weltkrieg in letzter Linie nichts anderes, als ein gigantischer Kampf um die Güterkrone.

Die Bedeutung des Kampfes für den wirtschaftlichen Fortschritt soll keineswegs verkannt werden; in den Grenzen der Moral, des Staats, der Mächtigung ist der Kampf, die Konkurrenz der wichtigste Hebel jedes Wirtschaftsfortschritts. Aber eben nur innerhalb dieser Grenzen; geht er darüber hinaus, sieht er im Konkurrenten den Feind, so wird er das eigentliche Hemmnis jeder Entwicklung.

Wollen wir von Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft uns ein Bild machen, so müssen wir von den eben entdeckten allgemeinen Gedanken ausgehen. Noch steht es so aus, als ob vor uns nur ein ungeheures, unübersehbares Schlachtfeld läge. Der deutsche Arbeiter steht gegen den deutschen Unternehmer, der deutsche Landwirt gegen den deutschen Händler, der Händler gegen den Industriellen; und ach, gegen Deutschland und Deutschlands Wirtschaft steht die ganze Welt. Die Entwicklungen haben uns einen Friedensvertrag auferlegt, der im Grunde nichts anderes ist, als die dauernde Wirtschaftsabhängigkeit, und die neutralen Mächte suchen aus „Deutschlands Ausverkauf“ sich nach Möglichkeit zu bereichern. Gehört dies so weiter, dann wäre in der Tat die ganze Zukunft nichts anderes als schwärzestes Elend. Über vielleicht sind doch hier und da schon Anzeichen vorhanden, vielleicht spricht die Logik der Tatsachen, stärker als die der Gefühle, doch dafür, daß einmal eine Wenderung eintreten wird.

Vielleicht das erfreulichste und hoffnungsvollste Ereignis der letzten Zeit ist der Entschluß der Völker, zunächst auf einige Weise, wieder Neuerungen zu versuchen. Welche Bedeutung die Hebung der Kohleausbeute für unsere gesamte Weltwirtschaft, wie auch für unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag hat, das ist so oft auseinandergezettelt worden, daß es weiterer Ausführungen in dieser Richtung nicht bedarf. Auf etwas anderes aber ist hinzuweisen. Die Völker haben immer, wegen der besonderen Anstrengung und Gefahr, die ihr schwerer Beruf mit sich bringt, das Privilegium für sich beansprucht, härtere Welt zu arbeiten, als die Arbeiter anderer Berufe. Wenn sie nun freiwillig darauf verzichtet haben, so ist das ein Beweis der Selbstüberwindung, der ihnen hoch angerechnet werden sollte. Es ist ja so und keine Neuberedungsfunktion der Welt kann an dieser einfachen Tatsache rütteln, daß der tiefste Grund unseres Elends nur in dem Mißverhältnis zwischen Eltern und Nachfrage besteht. Der Krieg hat so viel Stoff verbraucht, hat die Arbeitskraft so vieler Millionen kräftiger Männer durch Jahre Lahmgelegt, die politischen Wirren des letzten Jahres haben so sehr im gleichen Sinne einer Produktionsverminderung gewirkt, daß eben eine ungeheure und jetzt überaus fühlbare Lücke in dem Gütervorrat der Welt eingetreten ist. Das einfache Gesetz von Angebot und Nachfrage macht sich geltend; die ausgehungerte Menschheit begeht Nahrungsmitte, Rohstoffe, Kleidung, Wohnung, Verbrauchsgegenstände aller Art, und es ist nichts davon dar, daß es ist aufgezehrt. Ist einmal der Gütervorrat der Welt wieder erreicht — ob er in absehbarer Zeit auf die alte Höhe gebracht werden kann, möge dahin gestellt bleiben; — so wird eine Senkung der Preise eintreten können, die wirklich von breiter Masse als eine fühlbare Erleichterung begrüßt werden kann. Damit wird die Verschiebung des Geldwertes

sowohl innerhalb des Reiches wie nach außen (Walutatung) ein Ende haben und die ungewohnte Entwicklung eintreten. Bis dahin ist freilich noch ein weiter Weg, aber es ist doch ein Weg und zwar der einzige. Nicht scharf genug kann das gesagt werden: jeder, der einsandt behauptet, der ein anderes Mittel der Rettung aus unserer Not angibt als die Arbeit, ist ein Charlatan oder ein Betrüger.

Damit aber die Arbeit fruchtbar wird, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt werden: es muß der innere und der äußere Friede wieder hergestellt sein. Der innere Friede, das ist einmal der Ausgleich zwischen den Ständen, Stadt und Land, dürfen nicht mehr in Waffen gegeneinander stehen; sie müssen wissen, daß sie auf einander vertrauen sind, daß ihre Interesse das Gleiche ist. Dasselbe gilt von dem Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer. Die Arbeitsgemeinschaft ist zugleich eine Sozialgemeinschaft; beide sind in gleicher Weise am Gedanken der Wirtschaft interessiert. Wenn in freikapitalistischen Zeiten die Unternehmer nicht selten irrig glaubten, durch Lohndruck zu gewinnen, so ist dieser Irrtum längst aufzdeckt; jedermann weiß jetzt, daß niedrige Löhne auch geringe Arbeitsleistung bedeuten. Die ungewohnte Einsicht ist noch nicht Allgemeingut; die Bedeutung einer sachkundigen, selbstbewussten und energischen Unternehmensleitung ist noch nicht überall bekannt. Das Betriebsratgesetz gibt die Handhaben zu einem auf gegenseitigem Verstehen ausgestandenen Zusammenarbeiten von Arbeiter und Unternehmer; es ist zu hoffen, daß es im Geiste der Gemeinschaft und nicht des Kampfes ausgeführt wird.

Aber der äußere Friede? Noch steht die Welt in Waffen gegen und: Wohl nicht solchen des eigentlichen Krieges, aber des Wirtschaftskampfes. Der Versailler Friede — darüber mehren sich die Stimmen auch im Lager unserer Freunde — ist ein Instrument der dauernden Unterdrückung Deutschlands; die politische Seite dieser Frage ist hier nicht einzugehen; wohl aber sei darauf verwiesen, daß in der Fortschreibung des Wirtschaftskrieges ein innerer Widerspruch liegt. Deutschland soll zahlen und wird sich bemühen, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, soweit es dazu irgend imstande ist. In dieser leichten Klaue liegt der Schlüssel der Lare. Wenn ich einen Schuldnern habe, so steht mein Interesse durchaus darin, ihn zahlungsfähig zu machen. Man pfändet einem Handwerker nicht sein Handwerkzeug, sondern versetzt ihn lieber in die Lage, sich noch neues anzuschaffen, um arbeiten zu können. Diese Erkenntnis scheint jetzt auch bei unseren Freunden aufzudämmern. Das wirtschaftliche Interesse wird wahrscheinlich das bewirken, was kein Ruf des Geistes vermögt hätte, nämlich eine allmäßliche Verständigung, ein Zusammensetzen der Völker.

Mit dem Friedensvertrag ist die Errichtung eines Völkerbundes verbunden. Dass dieser Bund in der Gestalt, die er im Versailler Frieden angenommen hat, in keiner Weise den an ihn zu stellenden Forderungen entspricht, bedarf keines Nachweises. Aber es wäre falsch, deshalb den Gedanken eines internationalen Wirtschaftsbundes abzulehnen. Eher sagen wir besser, daß das Wort „International“ noch einen Nebennenn hat, einen überstaatlichen Bund, einen Weltbund der Wirtschaft. Ansätze dazu gab es schon vor dem Kriege; es gab eine ganze Reihe internationale Kartelle (Petroleumkartell, Schienennetz, Tafelglassyndikat usw.), die den Konkurrenzkampf beim Absatz durch Vereinbarung ausschalteten. Eine solche internationale Kartellierung läßt sich bestimmt noch weiter ausdehnen; andere Erzeugnisse freilich wiederstehen einer dezentralen Zusammensetzung, lassen aber anderweitige Vereinbarungen zu. Der gegenwärtige Zusammenbruch der Währung der Mittelmächte, der starke Niedergang der Währung auch der reichen Steinen Westeuropas, während in gleichen Verhältnissen die Zahlkraft der neutralen Länder und Amerikas wächst, führt zu dem eigenartigen Zusammentreffen, daß beide Teile gleichmäßig an einer Wenderung interessiert sind, die einen, damit sie kaufen, die anderen, damit sie verkaufen können. Deutlicher kann sich die Interessensolidarität gar nicht zeigen. Die in Aussicht genommene internationale Währungskonferenz wäre ein Anfang einer solchen Verständigung weltwirtschaftlicher Art.

Nicht minder wichtig ist ein Ausgleich auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung. Die natürlichen Tatsachen (Verteilung der Bodenschätze, Klima) haben zur Folge, daß einige Staaten über bestimmte Rohstoffe fast monopolistisch verfügen (Kali in Deutschland, Baumwolle in den Vereinigten Staaten usw.), während andere daran völlig Marke leiden. Eine Ausgleichung in dem Sinne, daß die vorhandenen Mengen genügend den einzelnen Ländern nach Maßgabe ihres Verbrauchs zugewiesen werden, ist vielleicht nach den Erfahrungen des Krieges nicht mehr ganz als Phantasie anzusehen.

Die dritte Aufgabe endlich von gleicher Wichtigkeit ist eine Verständigung über die

sozialpolitische Gesetzesgebung. Das Verbot ist der ersten Erkenntnis dieser Notwendigkeit geschah bekanntlich dem Kaiser, der in dem berühmten Erlass vom 4. Februar 1890 an den Reichstag darlegte, daß die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage der Arbeiter sich nur durch internationale Verständigung der an der Herrschaft des Weltmarktes beteiligten Völker wenn nicht überwinden, so doch ab schwächen lassen. Von der ersten im März 1890 unter dem Vorstoß des damaligen preußischen Handelsministers v. Berlepsch, des hochverdienten Förderers der Sozialreform, stattgehabten Internationalen Konferenz zur Verständigung über die Arbeiterschutzfragen bis zur Washingtoner Konferenz vom vorjährigen Herbst führt eine direkte Linie, und dieser Weg ins Land des sozialen Friedens wird noch immer weiter führen.

So sehen wir in all dem Grauen und der Vernichtung unserer Tage doch das Licht einer Zukunftigen Hoffnung aufzublenden. Deutschlands wirtschaftliche Zukunft beruht nicht auf irgende welschen politischen Kombinationen; vor Illusionen solcher Art muß auf das Dringlichste gewarnt werden. Sie beruht darauf, daß der Gedanke der Gemeinschaft, des Friedens sich überall verwirklicht. Freiheit heißt das nicht, daß wir die Hände in den Hosaren legen können; die Möglichkeiten, die uns eine geistige Neugeburt der Welt geben kann, müssen wir durch härteste Arbeit ausnutzen. Dann aber daran wir hoffen: hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.

Wen wählen wir nicht in die Betriebs- und Arbeiterräte?

In Nummer 7 unseres Verbandsorgans d. J. hatten wir einige Ratslinien zur Frage: „Wen wählen wir in die Betriebs- und Arbeiterräte?“ aufgestellt. Als Gegenstück dazu stehen heute einige Gedanken über die Frage: „Wen wählen wir nicht in die Betriebs- und Arbeiterräte?“ angeführt. Im Interesse der Arbeiterschaft und der durch das Ratsystem zu erhoffenden Wirkungen liegt es, wenn auch diese Gedanken bei den bedeutungsvollen Wahlen nach Möglichkeit beachtet werden.

1. Wir wählen keine Ratsmitglieder, die auf Grund ihrer allgemeinen Verhältnisse für das Ehrenamt nicht geeignet sind. Deute, die allgemein keinen guten Ruf haben, und ein schlechtes Ansehen besitzen, oder deren Vergangenheit nicht einwandfrei ist, die sollte man zunächst davon verschonen, gewählt zu werden. Denn diesen Kreisen wird es außerordentlich schwer fallen, sich des nötigen Einflusses zu sichern. Zugem zeigt es sich bei den verschiedenen Verhandlungen, daß solche Leute oft schon mit einem Wort oder Blick der Gegenseite schachmatt gesetzt wurden. Natürlich darf nicht aus kleinlichen Gesichtspunkten heraus an die Lösung dieser Frage herangegangen werden; noch aber darf deshalb eine besondere Personenselektion eingeschlagen. Außerdem sollte man nicht alle Ehrenamtler immer und immer wieder auf ein und denselben Personenkreis übertragen. Die Überlastung mit solchen kann auch bei dem Eigentümsten zu einem Verhängnis werden. Wer schon Gott weiß wie viele Posten inne hat, diese nicht preiszugeben kann, der dürfte ebenso ungeeignet zum Ratsmitglied sein, als wie auch der, dem die ganze Sache überhaupt nicht liegt, oder der aus sonstigen persönlichen oder familiären Verhältnissen für das Ehrenamt ungeeignet ist.

2. Wir wählen keine Vertreter, die ihren Beruf nicht kennen, oder die gar im Betrieb zu den Pflichtvergessenen gehören. Dummkopfe oder Puscher bei der Arbeit, können die Mission als Betriebs- oder Arbeiterrat nicht erfüllen. Neue bessere Arbeitsmethoden werden sie kaum zu Wege bringen. Und wie sollen sie es vermögen, gute Erfahrungen bei der Arbeit auszutauschen und allgemein nutzbar zu machen? Und wer seine Pflichten im Betrieb nicht erfüllt, schließlich beim Arbeitsbeginn immer zu spät kommt, viele Blaupläne macht und vergleichen, wie soll der Arbeiterrat verhindern können? Se nach dem die Verhandlungen beim Arbeitgeber, vom Schlichtungsausschuß usw. stehen, dann ist auch solchen Arbeiterräten schnell das Amt gezeigt. Denn in sehr vielen Fällen belieben es Arbeitgeber oder Betriebsbeamte an ihnen selbst Beispiele zu konstruieren, um nach bekannter Art zu zeigen: „wie es gemacht wird“. So falsch je ein solches Beginnen ist, so sicher ist aber auch, daß durch derlei Mandate der Arbeiterschaft nicht

8. Wir wählen keine Maulhelden oder Schwabneure, noch aber wählen wir Wahlsachen in die Betriebsräte. Was hierzu ein sozialdemokratischer Redner nach dem Vertrag des „Kwörlets“ bei der Annahme des Betriebsverfassungsgesetzes in der Nationalversammlung sagte, dem wird man nur zustimmen können. Nämlich: „Dasselbe Gesetz fordert nicht alte Weiber und Maulaufrether, sondern jüde, gewissenhafte Arbeiter, Opferer, Kameraden, die für die Interessen ihrer Kollegen sich einzehn.“ Gewiss ist es ein gutes Mittel, wenn man aus einem ruhigen Sanktus einen Paulus haben will, diesen in die verantwortliche Stelle zum „besser machen“ zu wählen. Über der Sache selbst ist damit kaum gedient, denn der radikale Draufgänger steht vielsach ab, er wird nicht ernst genommen und gibt der Gegenparteise die besten Waffen in die Hand. Kollegen ihm dann im späteren Kreuzfeuer die eigenen Waffen um den Kopf, dann tritt in der Regel die Vertretung ein mit unehrenhaften Folgen für die Arbeiterschaft. Manchmal verfügt auch selbst der beste Agitator am Betriebsverfassungstag. Und Leute, die zu allem Ja und Amen sagten, die sich einzehn lassen, oder die gar wie ein Moje hin und her schwanken, leinen festen Boden unter ihre Füße bekommen können, die lasse man ebenfalls aus den Räten heraus. Denn bei dem Widerstand, der vielfach von Arbeitgebern stieß gegen das Gesetz an und für sich gehobt wurde, wird man von Elementen, die ohne weiteres wie ein Taschenmesser zusammenklappen, erst recht nichts anzufangen vermögen.

4. Wir wählen keine Vertreter, die nicht recht denken, sowie nicht nach Recht handeln können, die bestechlich sind oder die gar verbrecherische Absichten im Schilde führen. Die Arbeiterschaft will nur ihr Recht haben und keine Ausbeutung desselben, weder nach der einen noch nach der anderen Seite. In unserer Bewegung lehnen wir auch die einseitige Arbeiterdiktatur ab: wir wollen nur ein Mitbestimmungsrecht und keine Alleinherrschaft. Leute, denen jeder Gemeinsinn fehlt, gehören in. G. nicht in diese Räte. Über erst recht nicht solche, die sich schäflich durch „blaue Kappe“, durch Versprechen auf ein Pötzchen, oder durch sonstige Extravaganz löfern lassen. Bei den auenbläßlichen Zeitverhältnissen mag diese Versuchung besonders groß sein. Wird der einzelne so „gelaufen“, dann kann es in der Regel nur auf Kosten der Belegschaft geschehen. Um gescheiterten sind jedoch jene unheimlichen Elemente, die den völligen Zusammenbruch unserer Beziehungen mit bewußter Absicht herbeizuführen versuchen und die deshalb auch nicht davor zurückshrecken, Sabotage am eigenen Betrieb auszuführen. Die Betriebs- und Arbeiterräte dürfen nicht nur wütend zum Schlag für die noch wichtige Idee eines wirtschaftspolitischen Zusammenschlusses werden. Denn kostet sie zu hohe und heilige Interessen des wirklichen Volkes auf dem Spiele. Und würde ein Mißbrauch mit dem neuen Arbeiterricht getrieben, dann wird es nicht nur wieder verklummen müssen, sondern den weiter zu erstrebenden Arbeiterrichten wäre dann auch ein- für alle mal ein schwerer Siegel vorgelegt.

5. Wir können keine Vertreter wählen, die vertrauensunwürdig sind und die bleibende Verlehrtsitte nicht einzuhalten verstehen. Das vollste Vertrauen zu den Ratssmitgliedern unbedingt erforderlich ist, wurde schon in dem vorhergegangenen Artikel erwähnt. Das Ratssmitglied muss aber auch die sich geziemende Verlehrtsitte sowohl bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern, als auch namentlich mit der Arbeiterschaft einhalten können. Dabei müssen wir bei Seite keiner Salonton das Wort reden, sondern es prangt das schlichte Arbeiterschaft. Auf die Form kommt es weniger an als auf den Inhalt und insbesondere darauf, daß überhaupt etwas geschieht. Kollegen und Kolleginnen, die nach Durchführbarkeit alles für sich behalten, nicht genügend Verträge erlässt, oder die keinen geeigneten Anregungen angänglich sind, sich gar aufs hohe Ross seien, die die Versammlungen seit langen die Verbandschriften nicht lesen und — mit solchen gewerkschaftlichen Trotteln ausgerüstet, wird ein Rat keine Besiedigung auslösen. Ist aber die rechte Gesetzmäßigkeit im Verkehr vorhanden, so wird diese auch zu dem notwendigen Vertrauen führen. Wo diese Möglichkeiten nicht vorhanden oder zu erreichen sind, da sollte man bei der Aufführung der Kandidaten auch von solchen Leuten Abstand nehmen.

6. Wir dürfen unter keinen Umständen Ratssmitglieder wählen, die nicht auf gewerkschaftlichem Boden stehen, oder die gar Feinde der Gewerkschaftsbewegung, ihrer Grundsätze und ihrer Bestrebungen sind. Wie sagt doch der Bossmund: „Nur die alldämmsten Kölber wählen ihre Mieger selbst.“ Wer kennt nicht jene schlimmen Bübler, die selbst die Arbeiterschaft noch nichts getan haben, die aber um so fräsigter am Werke sind, um das geschaffene starke Volkswerk der Arbeiterschaft, die Gewerkschaftsbewegung, wieder niederrütteln. Die „Gelben“ von Rechts, Schindalisten, Ballzweistern oder Spartakisten von Links, gehen hier einen Weg, wenn auch mit verschiedenen Zielen. Dazwischen nicht wählen dürfen, versteht sich am Rande. Im übrigen ist darauf zu achten, daß die zu Wählenden auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft, des Tarifgedenkens und des gewerblichen Einigungswesens stehen. Namentlich auch infosfern, daß kein Streit veranlaßt werden darf, bis der Einigungsinstanzengang voll bejublicht und der Streit auch den sonstigen gewerkschaftlichen Vorschriften entsprechend gerechtfertigt ist. Die zu wählenden müssen ferner die Solidarität gegen Andersorganisierte garantieren und jeden Terror auf diesem Gebiete nicht nur unterlassen, sondern auch niederrütteln, wo er von anderen Kreisen aus belastet werden sollte. Unsere christliche Arbeiterschaft kann ein schauriges Liedchen von jüchtraurigen Stilleblättern singen. Hiermit nun Schluss gemacht werden! Bei den bevorstehenden Wahlen haben wir es wesentlich mit in der Hand, solchen Räuberhänden der Freiheit, des Unstandes und der Duldsamkeit gegenüber einer anderen ethischen Gejüngung, zu begegnen. Darum wählen wir, soweit es möglich ist, keine Vertreter, die nicht unsern christlichen Gewerkschaften und unserm christlichen Metallarbeiterverband angehören. Wo Mitglieder aus unsern Städten in der Wahl stehen, da haben wir diese nicht nur zu wählen, sondern auch die erforderliche Wahllogikation für diese zu betreiben.

Nach dem Besen der beiden Abhandlungen, wen wir wählen und wen wir nicht wählen sollen, werden wohl da und dort Bedenken ausgelöst werden. Es könnte scheinen, als wenn wir die Anforderungen zu hoch gestellt hätten und die gewünschten „Ausgefeilten“ überhaupt nicht da wären. Diese Gedanken sind gegenstandslos. Denn wir werden überall die rechten Leute finden, wenn wir nur gesündhaft liegen. Ferner

noch bee Grundsatz gelten: Von den Menschen und Guten wählen wir die Dejzen; mich dann, wenn das leicht i-Tippechen unserer Wählkliniken noch nicht erfüllt ist. Etwas umso größeres Nachdruck werden dann über die Gewählten und die hinter ihnen stehenden Wähler sich dasse einsetzen müssen, daß die angeführten Wählkliniken und Eigentümern später noch erfüllt oder wenigstens angestrebt werden.

Wer nicht nur da, wo unsere Mitglieder eine eigene Wahlvorschlagsliste ausspielen, ist den Anregungen zu entsprechen sondern auch dort, wo mit anderen Organisationen eine gemeinsame Wahlliste aufgestellt wird. Auch hier sollten wir einsichtigen Gewerkschaften und namentlich unsere Mitglieder sich dasse einsehen, daß inhaltlich nur solche Leute gewählt werden, wie wie sie als gezielt anzusehen haben. Wenn die Partei der anderen Organisationen nur halbwegs berücksichtigt ist, dann dürfte eine solche Verständigung auch möglich sein. D. h. nur dort, wo überhaupt ein gemeinsames Vorzeichen bei diesen Wählern gleichmäßig erzeugt, notwendig darstellt dieses wohl kaum sein. Ist diese Verständigung jedoch nicht zu erreichen, und bringt die andere Partei Kandidaten, die den wichtigsten der angesührten Grundsätze widersetzen, so kann man einsichtigen Gewerkschaften und unseren Mitgliedern nicht zunutzen, diese Liste zu wählen. Dann muß selbständig vorgegangen werden. Wir sind dann ebenfalls der Verantwortung entzogen und können dann auch für die etwaigen Folgen neu verantwortlich machen, die jetzt keiner Verantwortung angänglich sind. So können wir gleich den Wählungen eines Saarwalde hüben und drüben viel Gutes schaffen, um die zu bildenden Betriebs- und Arbeiterräte zu einer weiteren neuen Arbeiterschaftsbewegung zu gestalten, die auch dem Wiederaufbau unserer Beziehungen das stärkste Mittel sein soll.

Während der Beratungsversammlungen versuchten die Auskunftsmitglieder ihr Verhalten im äußeren Vieh darzustellen, haben wir die Unfähigkeit begangen, ihren Terror noch zu begründen, also ihn direkt anzugeben. Gewerkschaftssekretär Müller vom sozialen Metallarbeiter-Verband, Geschäftsführer Neuwied, sagte dabei, da's wäre erlaubt Agitation. Also wohl aufgemischt. Nach der Moral des sozialen Metallarbeiterverbandes, der sich als Schriftsteller für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit fühlt, ist also die Drohung, Freiheitsberaubung, Vergewaltigung anderer Meinungen, sowie Brüderlosmachung von Arbeitskollegen erlaubt Agitation.

Als Antwort auf obige Aussparung erfolgte dann der oben bezeichnete Fall Herber. Wir nahmen darauf Veranlassung, die Angelegenheit nunmehr in die Lassenlichkeit zu bringen und den heimstatisch eingeschworenen Raum aufzunehmen.

Als erstes machten wir die Unternehmung darauf aufmerksam, daß Nachbarschaft gegenüber diesen rohitalen Elementen sofort den Raum unserer Fest aus der ganzen Linie befreien würde.

Als zweites richteten wir einen offenen Brief an den Gewerkschaftssekretär Neuwied von Bendorf, den wir an alle Beziehungen des Bezirks einrichten. Wir lassen denselben im Vorlaufe folgen zur allgemeinen Verbreitung, da verschiedene Beziehungen ihn nicht annehmen haben.

Offener Brief

an den Gewerkschaftssekretär Neuwied, Geschäftsführer der Verwaltungskommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bendorf.

Wir haben in einem Schreiben vom 23. Januar 1920 Dich aufmerksam gemacht, daß Mitglieder Deines Verbands gegen unsere Mitglieder aus der Konföderation zu Bendorf Terror ausüben, um sie zum Nebertum in Deinem Verband zu zwingen. Du hast die Antwort darüber bis jetzt noch schriftlich geben. Weiter hat der Untergruppe in Bendorf eine Sitzung im Rahmen der Schiedsgerichtsinstanz in Koblenz am 5. Februar denselben Falles zur Sprache gebracht und die Arbeiter und Mitglieder des Arbeiterausschusses, die dies Vorzeichen verlangt haben oder dulden, als Vertreter an der guten Sache der Arbeiterschaft ausgetragen. Auch da hast Du und Deine Leute durch Still schweigen kein behaupteten Sachverhalt anzugeben, ja während der Pause haben die Mitglieder des Arbeiterausschusses in Deiner Gegenwart die es Buchstaben und Strauchritter zum soz. noch zu rechtsetzigen geführt. Als wirkliche Antwort erfolgen darauf neue Gewalttätigkeiten gegen unsre Mitglieder; der Konsulschiffer Hermann a. W. wird aufgefordert, heute abends bei Beginn der Schiedsinstanz abzugeben, ansonst er mit Gewalt verschärft werden, seine Arbeit aufzunehmen. Einige Mitglieder unseres Verbandes haben, wie es scheint, den Gewalt nachgegeben und sind der Anordnung, ihre Mitgliedschaft abzugeben, nachgekommen. Ich fordere Dich hiermit öffentlich auf, diese Bilder innerhalb 24 Stunden an uns auszuschreiben, andernfalls wir gegen Gewalttätigkeit, Verletzung der persönlichen Freiheit und Gewaltbereich brüten. Auf das Herzliche und die Überzeugungstreue dieser Leute, die alle Achtung verdient im Gegensatz zu den „Freien“ Maulhelden, die während des Krieges vorgezogen haben, vor den Unternehmen zu kriegen und statt mit den dir in Deinem Gewerkschaftsamt hier am Mittel bei den Kaufs um Macht und Herrschaft zu kämpfen, hinzuweisen, erträgt sich, da ist Dich und Deine Leute, wie es scheint, derartige Tugenden nicht bestehen, jedenfalls wir ist ab von Eurem Gesichtkreis stehen. Ich erkläre alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf der Konföderation in Bendorf, solange als Strauchritter und Megeiner, als sie weiter die Brüder der neuen deutschen Reichsverfassung unterstehen oder dulden. Es wäre eine Schande für die Arbeiterschaft der Konföderation, wenn sie dieser Treiben, das sie in der weit großen Mehrzahl nicht billigt, weiter dulden würde. Wo bleibt die Freiheit, wo die Freiheit und wo das Recht, das wir Tag für Tag von den Unternehmen fordern.

Neuwied, den 6. Februar 1920.

Christlicher Metallarbeiter-Verband Deutschlands, Mittelrhein- und Lahntalbezirk.

J. W. L. Höser, Geschäftsführer, Neuwied, Bergstraße 13.

Wir haben hiermit den Kampf aufgenommen und dem hinterlistigen Gegner zu einer Erklärung gewungen. Die wahrgenommene nationalsoziale Metallarbeiterfront des Mittelrheins und des Lahntalbezirks möge aus ödigen Vorlauftreissen die notwendige Nutzanwendung ziehen.

Sind die Arbeiter schuld?

Gegen die Arbeiterschaft, die Angestellten und Beamten, überhaupt gegen alle Arbeitnehmer hat sich im Laufe des letzten Jahres, seit den Revolutionstage, eine starke Niedrigmünze entwickelt, die sich bei den vorher herrschenden Klassen bis zum Tod und zur Herrschaft gesteigert hat. Die Ursache dieser Erziehung liegt auf der Hand: Die Arbeiterschaft hat nach Jahrtausendlangen Bewährungen gegenüber den herrschenden Schichten die Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft errungen und sie in ihren Vorrechten matt gesetzt.

Das allein hätte aber nicht so allgemein verholfen, wenn nicht bei der gewalttamen Rechtsanwendung vielen Einzelnen Gewalt gehorchen wäre und Männer und Frauenstellen von Seiten in Gefahr genommen würden, die ein Amt nicht auszuüben wissen und ihm nicht gewachsen sind. Die Sozialdemokratie hat ihre Anhänger nicht so erzogen, daß sie durchweg für die Verwaltung des Staates geeignet wären. Die Erziehung und Bildung der Massen wurde von der Seite sozialdemokratisch verhindert und statt zu blühen, hat die Sozialdemokratie das Gesetz und das Volk mit Phrasen gesüßt, so sind Führer und Massen einfach unwillig an die Herrschaft gekommen und haben vieles von dem noch ungewohnten und verderblichen, was Krieg und Revolution noch lieben gelassen hatte.

Unsere Beamten haben, als sie den Sachverhalt erfuhrten, unter 23. Januar an Gewerkschaftssekretär Neuwied ein Schrei-

und aufgeblasen, wie die meisten Emporläden lange sich geben, haben die sozialdemokratischen Revolutionäre trotz der von ihnen viel angewandten Praxis von der Gleichheit und Brüderlichkeit aller, zunächst nicht mit die Bourgeoisie von alten leise leidenden Stellen im Staat und Wirtschaft auszusöhnen gesucht, sondern sie wollten auch die bisherigen Arbeitgenossen aus dem christlichen Lager und deren Organisationen in ihrer Reihen ziehen oder gar vernichten. Durch den dabei verübten Terror haben die Sozialdemokratien aller Schärfungen die größte politische Unmündigkeit begangen und die Kraft der Arbeiterklasse ungemein geschwächt.

Was aber allgemein auffällt und Empörung auslöst, ist der Umstand, daß nun diejenigen, die andere als sozial und Ausbauter beschreiten, jetzt im Besitz der Macht sitzen um einen Haar besser zeigen und ebenso dem Materialismus und dem Mammonismus zu dienen, wie jemals. Die Sucht nach Geld und Gut, sich um jeden Preis Vermögen zu erwerben, hat in den unteren Schichten große Verbrennung geheißen. Dazu kommen die fortwährenden, unsichtbaren Wirtschaftsleben beunruhigenden Streiks verschiedener Erwerbsgruppen, Lohn- und Gehaltsforderungen, die oft im Hinblick auf die Arbeitsleistung außerordentlich hoch sind und die Verhältnisse der Arbeiterinnen zuweilen auch lassen. Mit dem Sturm i. d. darauf wird nun zur Welt fast allgemein bejubelt: Die Arbeitsschicht ist an allem Unheil schuld. An dem schlechten Stand der Bevölkerung, an den steigenden Preisen für alle Gebrauchsartikel im Leben und d. daran das sich unsere Wirtschaft nicht erhalten kann; an allem sollen die Arbeiter die Schuld haben.

Es wäre verkehrt, abzuleugnen, daß unter der Führung natürlich der unabhängigen Sozialdemokratie und des Kommunismus durch die Arbeiterklasse schwere Fehler gemacht wurden sind. Aber diese halten doch nicht die ganze Arbeiter- und Angestelltenklasse. Hinter sich. Wo es nur immer ging und möglich war, stellten sich die Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung und die ebenfalls der Gewerkschaften der Industrieklasse und der rechtskonservativen Bewegung entgegen. Wenn das bisher nicht in großem Maße und mit großer Nachdruck gezeigt wurde, möglicherweise, weil man daran, daß die Arbeiterklasse und Angestellten euerzig in die der langjährigen Parteien gegenseitig gegen diese sich nicht zu größerer Stärke hat zusammensetzen. Würde man auch ihr keine Fehler und nicht zu oft "az Unternehmerium" hat daran die Schuld, doch nun nicht größere wirtschaftliche und staatspolitisch erzeugte Misere sich der revolutionären Massenbewegung entgegengestellt haben.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß die eigentlich Schuldigen an der revolutionären Bewegung in Deutschland in der Hauptsache die Kreise sind, die man unter dem Sammelbegriff "sozialen Revolutionären" zu bezeichnen pflegt. Zu einer Zeit, in welcher die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit Begeisterung und Idealismus den Kampf für den Weltstand des Vaterlandes aufnahm und ihn führte, da schon speculative Unternehmer und Kapitalisten, Fabrikanten und Kaufleute mit einer Praxisbildung ein, die nur auf den Gewinn gerichtet war. Noch im Jahre 1916 wurde von allen machbaren Stellen im deutschen Reich angesetzt, daß die Arbeiterschaft und die Angestellten in Privat- und Staatsbetrieben des Vaterlandes gegenüber, im Felde und in der Heimat voll auf ihre Pflicht taten. Sie hielten sich zunächst auch an die Vollkommenen über die Lebensmittelrationen, so daß der verlorene Kriegswert Grundherr in München der Arbeiterschaft und den breiten Massen des Volkes überhaupt, die vor der Auseinandersetzung dafür ausprach. Es mußte freilich die wohlhabenden Kreise davon ausnehmen und ihnen sagen, daß sie durch ihre Tiere nicht mehr Schlemmerei den übrigen Volksgenossen ein sehr schlechtes Beispiel geboten, daß „die Armen und Vermögen über Selbstzucht über.“

Die Riesen gewonne verschiedener Nutzungsmitteile-Mittelstufen führen, der Kriegs- und Geschäftsführer, bis auch auf dem Lande sich beweisen machen, der Gewinn, der Schleicher und Wunder mit Nahrungsmitteleinheiten, das alles wirkt demoralisierend auf die Arbeiterschaft und bestreite mit den auf den Kriegsschauplätzen des Mannschaftsgefechter begangenen Fehlern und Ungeschicklichkeiten die Revolution vor.

Nicht zu vergessen ist die durch das Versagen der Reichsverwaltung an allen Postämtern veroergogene Entzettelung. Es gab einsatzreiche Leute, die die Gewährung des gleichen Wahlrechts an den minderheitlichen Volksgruppen als Wählern bezeichneten und demselben widerstreiteten. Ein Führer der Deutsch-Nationalen, der Abg. v. Delbrück, hat in der Nationalversammlung an Wien es als seine Meinung ausgedrückt, daß die Monarchie zweifellos hätte gerettet werden können, wenn man sich rechtzeitig zur Durchführung von Reformen auf politischem Gebiete hätte entschließen können. Und der Abg. Böckeler von der Deutschen Volkspartei hat bei der Beratung des Reichstagsabgeordneten im Januar 1920 zugestimmt, daß es ein Fehler war, daß die Industriellen nicht längst schon mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet hätten; manche Missverständnisse wären damit vermieden, mancher Streit vermieden und so der Politikwirtschaft und dem Vaterlande gute Dienste geleistet worden.

Manche Leute, die sich jetzt über die Arbeitsunlust in manchen Arbeiters- und Beamtenkreisen beklagen, haben zumeist selbst in ihrem Leben noch keinen Streik gearbeitet und von der Arbeit der anderen gelehrt. Viele vermöglidche Leute gibt es heute noch, die auslaut durch eine beschleunigte Lebensweise und durch das gute Beispiel der Arbeiterschaft beruhend zu wirken, eine tolle Verschwörung besteht an den Tag legen. Wir kommen um so schneller wieder zur Ordnung in Wirtschafts- und Staatsaufgaben. Je kennst der soziale Gemeinschaft und der Gewalt der christlichen Solidarismus in allen Kreisen unseres Volkes Eingang und Anerkennung findet.

Streiflichter.

„Hyperrealistische Schilderung der Arbeiterbewegung“, so charakterisiert die sozialdemokratische Tagwacht die neuen II. G. Herren im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Sie schreibt in ihrer Nr. 41 vom 19. Februar 1920:

„Die neuen Herren, die dank einer mit gewaltshamen Mitteln zustande gebrachten „radikalen“ Verbandstagessmehrheit dasauber ergrissen haben, betrachten die Gewerkschaftsorganisation der Metallarbeiter als eine „Fiktion“ der „Unabhängigen“ oder der Kommunistischen Partei, je nachdem, welche dieser beiden Richtungen sie im einzelnen anzuhören. Die „Metallarbeiterzeitung“, selber ein ernst genommenes, führendes Gewerkschaftsblatt, das die wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme der Welt vom Standpunkt des Arbeiters aus zu durchdringen bemüht war, ist zum Dummkopf der höchsten Phrasenreiche geworden. Was die neue Redaktion dieser früher allgemein geachteten Zeitung sich an blöden, absurden Sprüchen reiht, über Mehrheitssozialisten und Regierung leistet, was sie an sparten und freiespenden Tiranen über Mädetdiktatur und sonstigen Wahnsinn von sich gibt, geht auf keine Rücksicht. Das ist Freiben-

tut auch bereits seine Wirkung. Es zeigt sich, daß diejenigen, die schwärmenden Redenarten vorliebhaben betrunken gemacht Metallarbeiter schon seit die Schnüppen von den Augen fallen.“

Mit Hohn und Spott beurteilt man die heutige „Metallarbeiterzeitung“, die sich in weitesten Kollegenkreisen den Namen „rote Fahne“ erworben hat.

Dazu kommt, daß die neue Zeitung, wenn sie den Verband nicht in wenigen Wochen dem Bankrott entgegenstehen will, mit Wasser lochen muß. Dazu aber hat sie wiederum so verschwendet wenig Geschick. Die Folge ist, daß die Kollegenschaft die Rechte zu beanspruchen hat. Es ist noch in Erinnerung, wie frevelhaft beim Berliner Streik in das aus souer erworbenen Arbeitergroßchen geschaffene Verbandsvermögen hineingebracht wurde.

Diese Übersicht mag gelingen, wie wenig recht die hyperrealistischen Schädlinge der Arbeiterinteressen fordern, wenn sie behaupten, daß die großen Massen hinter ihnen stehen. Die Massen lernen die Sprüche vom Weizen unterscheiden und werden dem verderblichen Vorgetriebenen, das nur die Fähigkeit verboten soll, ein Ende machen — bäriger als manche Leute glauben.“

Dieser Charakterisierung der II. G. Herren im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband von den elgenen Leuten, braucht wirklich nichts mehr hinzugefügt zu werden.

*

Notes Zeitungsende.

Ein Fall von geradezu ungläublicher Roheit und Unmenigkeitslast innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft einer Großfabrik ist sich laut „Rheinischer Volkszeitung“ in Wien der „glänzenden roten Hochburg“ zugetragen:

Wollt die Befreiung der Unterbrotfabrik Wendt nicht den Arbeitern Bauer entziehen wollen, der aus der sozialdemokratischen Gewerkschaft ausgegetreten war, deshalb legten die sozialdemokratischen Arbeitern die Arbeit nieder und drohten die anderen Arbeitern mitzutreiben. 1899 wurde der Streik von einer Zahl von 2000 Arbeitern, 14 000 Ang. Wechs und Tag zu einem außerordentlichen Zustand der Gewalt ausgetrieben. Es wurde für die mehrere Monate und unzählige Weiber gefangen, mehrere malen kam Blut wegen des Terrorisches der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Der deutsche Michel aber zieht in seiner Gutmuthigkeit seinen eigenen Kindern Blut ab, um es in eine Stadt zu bringen, in der durch rote Terroristen 14 000 Angestellte und Beamte zum Teufel gehen. Diese Handlungsmethode in der Unterbrotfabrik illustriert wieder einmal treffend die rote Phrase von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Dafür hat man nur ein Wort: Pfui!

*

Als wie in alter Zeit.

Ach ja die neue Zeit! Da wird alles besser. Die Schriftsteller werden zu Lämmlein usw. usw. Nachdem das in der Großstadt anscheinend sich zum Beispiel gewandt hat, lassen die brauteten Herren an, in Scherhaft zu machen. — Früher hieß es, mit 40 Jahren ist der Arbeit aufgebraucht, im neuen Deutschland ist die Alterssatz der Jahre um weitere fünf herobzogen, nämlich auf 35. Das Hamburger Echo bringt unter dem 3. Februar folgende Sache:

Hamburg, den 31. 1. 1920

D. Mr. Fernsprechamt.

Wohrsagkarte des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs, Elmsbüttelerstraße 34.

Name: Trude, August.

Geburtsort: Göttingen.

Geburtsdatum: 29. 3. 1883.

Leute & Brüder: Schloßboom.

Dieser Schein ist gültig bis zum 2. 2. 1920.

Horstmann.

Unterster ist vermerkt:

Nicht eingestellt 31. 1. 1920.

Es werden nur Elektriker bis zu 22 (mit Militärzeit

27) Jahren angenommen.

El. Eng., Fernschr.-Amt.

S. A. Sonowall.

Wir wollen nur kurz zusammenfassen: Die p. Leitung des Fernsprechamtes misstraut dem p. Sonowall höchst verdient, daß sie sobald als möglich zum Dienst geschickt würden. Was dort getrieben wird, ist geradezu tolle Scharrmacherei.

*

Bekanntmachung des Stahlwerksverbandes.

Über die leichten Strömungen der einzelnen Interessengruppen innerhalb des Stahlwerksverbandes, schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Dass der Stahlwerksverband nach dem Zusammenschluß der deutschen Volkswirtschaft und nach dem Ausscheiden der sechs Südwürttembergischen, Württembergischen und Saarwerke nicht mehr zu halten war, darüber war man sich in den beteiligten Kreisen nicht lange im unklaren. Die Versuche, die man regierungsetätig machte, um ihn wenigstens vorläufig noch über Wasser zu halten, haben dann auch wenig Erfolg gezeigt, zumal zwei große rheinisch-westfälische Werke mit Ende des vergangenen Jahres ihren Abschluß erzielt hatten und trotz der Bemühungen, sie noch für einige Monate bei der Stange zu halten, auf ihrem Standpunkt verharrten. Was denn vom Stahlwerksverband unter dem Druck der Regierung heute noch steht geblieben ist, ist ein Vorstoß, der seinem Zweck nicht mehr entspricht. Die Werke können sich, wie wir der „Reichs- und West. Zeit.“ entnehmen, bedenklichweise gemacht mehr an die Preisfestsetzungen des Verbandes und erst recht nicht daran, ob diese von der Regierung genehmigt werden oder nicht. Die Rheinischen Stahlwerke verkaufen vollständig freiändig durch die Handelsagenturen Wolff, sowie es sich um Crude und Formenöl handelt, und lassen die Berechnung nicht mehr durch den Stahlwerksverband vornehmen. Das einzige, woran sie sich zu verstellen, ist, daß sie die Preise des Stahlwerksverbandes nicht unterbieten. Der nominelle Bestand des Stahlwerksverbandes, der durch die Regierung bestätigt worden ist, läuft am 31. März ab. Der freiändige Verlauf ist aber vom 1. März schon gestartet. Man möchte nun die Organisation nicht ganz auseinanderfallen lassen, und hat deshalb die Absicht,

wenigstens das Geblüt der Eisenbahnmaterien noch zusammenzuhalten, da es sich hier um einen großen, festumrahmten Eisenbahnverkehr handelt. Dieser schließt auch alle Werke, mit Einschluss der Rheinischen Stahlwerke, damit überstanden zu sein, nach der Auflösung des Stahlwerksverbandes für diese Eisenbahnmaterien die Verkaufsgemeinschaft bestehen zu lassen. Das scheint nun auch verhältnismäßig leicht zu sein durch einen besondern Vorschlag, der die Rheinischen Stahlwerke hinsichtlich einer solchen Verkaufsgemeinschaft machen nur vor am 19. Februar in der Versammlung der Stahlwerksverbandes zur Verhandlung steht. Man will in dieser Verkaufsgemeinschaft annehmen nicht nur das Eisenbahnmateriale, sondern auch das gesamte dazugehörige Kleinteilezeug hinzu beziehen, so daß also das gesamte für die Unterhaltung und den Betrieb der Eisenbahnen notwendige Material von dieser Verkaufsgemeinschaft bezogen werden müsse. Inwiefern dieser Plan in seiner Ausdehnung sich verhältnismäßig lassen wird, steht allerdings noch dahin. Allzu groß sind die Regelungen für einen engeren Zusammenschluß nicht.“

*

Das sind die Herren von der „Gleichheit“.

Die II. G. und kommunistischen „Friedensengel“, die über Deutschland losgelassen wurden, verkündeten zwar überall „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, hielten jedoch weit mehr von der Theorie, als von der Praxis. Daß sie sich auch als Schieber betätigten, verständigt ja nur das Bild. Jetzt ist wiederum ein Fall aufgedeckt worden, wo die Herren von Gleichheit und Brüderlichkeit sich herlich als Kämpfer für das revolutionäre Proletariat gelten. Laut sozialdemokratischer „Rheinischer Volksstimme“ ist eine diesbezügliche Schiebergesellschaft, die sich hundert Gentner der Stadt Köln gehörigen Weizen nach einem bergischen Elschlößchen verkaufe, verhaftet worden. Empfänger waren Oberstadtkommissär, Stadtkommissär und Stadtrat, alles Mitglieder der II. G. P. D.

Wir erleben uns die Freiheit, von vorherigen schon anzunehmen, daß diese 700 Gentner beschlossen, auch den Armen der Stadt Köln gehörigen Weizen nicht etwa für billiges Geld losgeschlagen werden sollten, sondern, um es weiter zu verschicken und dann mit dem Blutgewinn — um im II. G.-Kargon zu sprechen — „bei Tod und Auster“ die hungernden Menschen Wünsse noch mehr zu stopfen, während das hungrige Proletariat in Dreschhausen herumwälzt, um Nahrung zu finden.“ Theorie und Praxis bei II. G.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. März der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. März fällig.

*

Bekanntmachung vor, welche Mitgliedskarten.

Die für das erste Jahr der Mitgliedschaft ausgestellten Mitgliedskarten sind — wenn alle 52 Seiten vollgelebt — gegen ein Mitgliedsbuch umzutauschen.

Die Ausstellung der Mitgliedsbücher erfolgt von den Verwaltungsstellen selbst. Der Bedarf an Büchern ist rechtzeitig von den Verwaltungsstellen zu bestellen.

Die Mitgliedsbücher sind nicht nummeriert. Sie haben nur den Buchdruck I, hinter dem die Nummer, die auf der Mitgliedskarte steht, einzuschreiben ist. Die Mitglieder behalten also ihre bisherige II. G. und sind unter dieser II. G. in die Mitgliederliste, bzw. Kartothek weiter zu führen.

Auf der inneren Deckseite des Mitgliedsbuches — dem Titelblatt gegenüber — sind in der dort eingedruckten Beitragszahlung die in der Mitgliedskarte gefüllten Beitragsmarken neu, entsprechend zu beschreiben. Die Bescheinigung ist nur gültig, wenn sie mit Unterschrift und Stempel der Verwaltungsstelle versehen ist.

Die vollgelesenen Mitgliedskarten sind als Beleg der erfüllten Beitrag leistung regelmäßig, entweder bei größerer Zahl mit den Erwerbszahlen wöchentlich oder bei kleineren Mengen monatlich mit der Zahlstafel und dem Fragebogen, an die Hauptverwaltung einzuführen. Bei der Abrechnung am Bleiterfahrschlüssel müssen alle bis dahin eingetauchten Karten spätestens eingefüllt sein, führt nicht eine gefüllte Karte wird die Beitragsleistung in Unterschreitung fallen nicht anerkannt.

Neuauflagenrechte Mitglieder dürfen für das erste Jahr der Mitgliedschaft nemals ein Buch erhalten, sondern ihnen ist stets eine Mitgliedskarte auszustellen, und diese erst nach erfolgter Vollziehung in oben angegebener Weise gegen ein Buch umzutauschen.

Von dem Verbandsgebiet

Hannover, Sonntag, 20. Februar 1920 fand die Jahrestagerversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Der Beirat der selben hatte besser sein dürfen. Vor Eintritt in die Tagessitzung wurde der im letzten Quartal bestrebene drei Kollegen durch Erheben von den Söhnen gedankt. Zu Punkt 1: Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts erhält Kollege Duke das Wort. Er streift kurz die Zeit vor dem Kriege, als die Organisation hier nur aus wenigen Kollegen bestand, wie dann durch die Mobilmachung noch ein Teil die fehlgräue Uniform anzuziehen musste. Das Jahr 1918 brachte dann erst wieder eine Erstärkung unserer Organisation. Mittlerweise war auch der langgehegte Wunsch der Kollegen, einen eigenen Raum zu bekommen, zur Erfüllung geworden. Als nun im Frühjahr des Jahres 1919 in Hannover eine Geschäftsstelle unseres Verbandes eröffnet wurde, gleich mit Stolz sagen, unsere Mitgliedergabe ist während und nach dem Kriege mit das höchste gestiegen. Das ist gewiß ein schöner Erfolg, der uns aber nicht beeindrucken darf, nunmehr die Größe in den Söhnen zu legen. Wir wollen im Gegenteil nicht eher zuviel, und rasen, bis das Ziel, das wir uns gestellt haben, den letzten krisistischen Metallarbeiter unserem Verbande zu führen, erreicht ist. Weiter berichtet Kollege Duke, daß im vergangenen Jahre für unsere Mitglieder ein Wert von ca. einer Million Mark durch den Verband erzielt werden ist. Aus dem Kassenbericht ist folgendes herzulehren: An die Zentrale ist im vergangenen Jahr nach Abzug der statutarischen Unterstützungen die Summe von 20 839,05 Mark gesandt worden. Sist die Zentrale ist eine Einnahme von 9693,58 Mark zu vergleichen, der eine Zusage von 8755,68 Mark gegenübersteht, sodass ein Verlustabstand von 1237,88 Mark verbleibt. Ferner wurde das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern in diesem Jahre bekanntgegeben. Ja

der Schwerindustrie beträgt die Lohnlage ab 15. Januar 1920 für alle Arbeitnehmer:

| | |
|------------------|---------------------|
| Über 20 Jahre | 1,20 M. pro Stunde. |
| von 18-20 Jahren | 0,70 M. pro Stunde. |
| von 16-18 Jahren | 0,40 M. pro Stunde. |
| von 14-16 Jahren | 0,20 M. pro Stunde. |

Das Kindergeld wurde auf 70 Pf. je Kind und Tag erhöht. In der Maschinenindustrie beträgt die Lohnlage:

| | ab 1. Jan. | ab 1. Febr. |
|------------------|------------|---------------------------|
| Über 21 Jahren | 0,00 M. | 7,00 M. b. acht. Schicht. |
| von 18-21 Jahren | 0,60 M. | 4,20 M. b. acht. Schicht. |
| von 16-18 Jahren | 2,00 M. | 2,10 M. b. acht. Schicht. |
| von 15-16 Jahren | 1,20 M. | 1,60 M. b. acht. Schicht. |
| von 14-15 Jahren | 0,80 M. | 1,00 M. b. acht. Schicht. |

Arbeitstage im 1. Jahr 0,80 M. b. acht. Schicht,
Arbeitstage im 2. Jahr 1,20 M. b. acht. Schicht,
Arbeitstage im 3. Jahr 1,60 M. b. acht. Schicht.

Das Kindergeld beträgt bei 1 Kind 50 Pf., bei 2 Kindern 50+60 = 1,10 M., bei 3 Kindern 50+60+70 = 1,80 Mark u. w. pro Schicht.

Bei der Firma Dr. Otto in Düsseldorf beträgt die Lohnlage für die männlichen Arbeitnehmer:

| | ab 1. Jan. | ab 1. Febr. |
|------------------|------------|--------------------|
| Über 21 Jahren | 0,75 M. | 1,25 M. die Stunde |
| von 18-21 Jahren | 0,60 M. | 1,00 M. die Stunde |
| von 17-18 Jahren | 0,45 M. | 0,75 M. die Stunde |
| von 16-17 Jahren | 0,30 M. | 0,50 M. die Stunde |
| von 14-15 Jahren | 0,20 M. | 0,35 M. die Stunde |

Auch mit den Klempnermeistern ist am 1. Februar eine Lohnvereinbarung abgeschlossen worden.

Gehälften über 21 Jahre 3,50 Mark Stundenlohn, von 18-21 Jahren 3,25 Mark Stundenlohn, von 18-19 Jahren 2,75 Mark, von 17-18 Jahren 2,50 Mark Stundenlohn. Bei schmütziger Arbeit ein Zusatz von 2 Mark. Die Montagelohnlage beträgt pro Tag 4 Mark. Das Kindergeld beträgt pro Kind und Tag 50 Pf. Nach einfältiger Tätigkeit unter Fortzahlung des Lohnes 3 Tage Urlaub, folgend mit jedem Tag um 1 Tag bis zur Höchstdauer von 6 Tagen. Ab 1. März werden die Stundenlöhne um 50 Pf. erhöht.

Hierach erstaute die Städtische Gewerkschaftsleitung. Dem Antrag derselben entgegengesetzt, wurde dem Geschäftsführer einstimmig Entlastung erteilt. — Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen einstimmig gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Duden, 2. Vorsitzender Kollege Kochanski, 1. Schriftführer Kollege Herberg, 2. Schriftführer Kollege Gross. Als Vertreter folgende Kollegen: Biel, Fanz, Leicher, Gräßel, Flamkamp, Peters, Engelhardt, Grell und Göttersdorff.

In Bezug auf andere wichtige Regelung der Beitragsfrage, waren sich sämtliche Kollegen einig, daß unsere Kriegsfolgen gestorben werden müssen. Es wurde beschlossen, von der 14. Woche ab folgende Wochenbeiträge zu erheben: 1. Klasse: 2,50 M., 2. Klasse: 2,00 M., 3. Klasse: 1,- M., 4. Klasse: 0,50 M. — Unter Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, am 18. März das. (14 Tage nach Ostern) einen Unterhaltungsabend zu veranstalten. — Mit einem Appell an alle Kollegen, auch in Zukunft für unsere Ideale zu kämpfen, wurde die Generalversammlung geschlossen. H. D.

Natowitz. Nach den Vereinbarungsbedingungen, die zwischen den leitenden Instanzen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und dem Verbande der kath. Arbeitervereine, Sitz Berlin, getroffen worden sind, sollte mit dem 1. Januar 1920 die Vereinigung der beiden Richtungen insoweit erfolgen, als Sitz Berlin die Verwertung der reinen gewerkschaftlichen Obliegenheiten an die christlichen Gewerkschaften absteht. Umgekehrt soll von unserer Seite dahin gewirkt werden, daß die katholischen Mitglieder sich den konfessionellen Vereinen anschließen. Ein solches Gegenzeitleiterverhältnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen sowohl der katholischen wie der evangelischen Richtungen ist von uns in schon immer geprägt worden. Es ist auf dem 1903 in Frankfurt stattgefundenen deutschen Arbeitertagtag sogar als Grundzügig aufgestellt worden. — Entsprechend den mit dem Sitz Berliner Verbande getroffenen Vereinbarungen haben sich im oberhessischen Industriegebiet die Berghausungen bereits vollzogen oder sind, soweit das noch nicht geschehen, im Gange. Einige Grünen machen sich dabei von radikal polnischer Seite ausgehend, bemerkbar, wo was an sich ersichtlich ist. Mitglieder für diese Bewegung zu übernehmen versucht werden. Dass mit den polnisch führenden Kollegen die Freiheit der Selbstbestimmung ihres und kleinen Druck auf sie ausüben, braucht wohl nicht besonders hervorzuwerden. Diese Verschmelzung zwischen uns und den Sitz Berliner dient sowohl unseren alten Mitgliedern als auch den von Sitz Berlin zu uns gekommenen. So in jüngster Zeit, als wir alle dadurch in den Betrieben wie auch in der Arbeitsgemeinschaft mehr zur Geltung kamen. Die Stärke der Mitgliedschaft ist bekanntlich bei allen Aktionen von ausschlaggebender Bedeutung. Sowohl wie bis jetzt Gelegenheit hatten, mit den aus dem Sitz Berliner Lager kommenden Kollegen zusammenzutreffen, konnten wir feststellen, daß ein prächtiger Geist unter denselben herrscht. Nur eines fällt auf, daß es sich zumeist um Kollegen reizieren Alters handelt. Die Jugend ist unter ihnen ja gut wie garnicht vertreten. Auch handeln wir im allgemeinen ruhige und willige Männer, die die örtliche Geschäftsführung zu übernehmen ohne weiteres bereit waren. Voreilig handelt es sich nun darum, daß wir sie mit den Einrichtungen unseres Verbandes und der Berghausungen befreit machen. Sich beständig in auch daß wir ihnen mit herzlicher Kameradschaft entgegenkommen und alles vermeiden, was an Spannungen, die in schwieriger Zeit bestanden, erinnert. Es darf nicht vor kommen, daß von Sieger und Besiegte gesprochen wird. — In einer Anzahl von Versammlungen, die aus Anlaß der Berghausung stattfanden, wurden Vorträge grundsätzlicher Art, die darauf in gleichem Maße, den Kollegen ein Bild von der Eigenart der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch hinsichtlich unserer Stellung zur gesellschaftlichen Neuerorientierung einzuführen, gehalten. Die Stimmung war eine sehr gute. Es herrschte sogar ein zu weit gehender Optimismus insofern, als die Kollegen glaubten, daß sie nunmehr, nachdem sie christliche Gewerkschaften vertreten würden, vor allem sozialdemokratischen Terror, unter dem sie bisher sehr gelitten haben, befreit sein würden. Dem ist natürlich nicht ganz so. Der Sozialdemokrat steht dem christlichen Gewerkschaftler mit derselben Abneigung gegenüber. Allerdings bietet die starke, christliche Gewerkschaftsbewegung den nun zu uns gekommenen Kollegen eine ganz andere Haltung, als sie der Verband Sitz Berlin allein geben konnte. Dadurch können wir den Kampf gegen den Feind, der Feind der Gewerkschaften, zielbewußter und feindseliger führen. Es kommt nun darauf an, daß wir aus das außerdem Kampf nötige Wissen erlangen. Und das ist bei genauem Willen nicht allzu schwierig. Die erste praktische Arbeit, die wir gemeinsam zu leisten haben werden, ist, darum zu sorgen, daß wir bei den demokratisch tätigen Betriebshäusern im Gange und es darf wohl auf jede Mithilfe aller Kollegen gerechnet werden. — Wissen wir, daß die Erwartungen,

die wir an die Verschmelzung knüpfen, sich erfüllen. Bei ehrlichkeitem und planmäßigem Aufruherarbeit kann es uns in Würde gelingen, unsern christlichen Metallarbeiterverbund zu einem echten, gebündelten Faktor unter den oberhessischen Organisationen zu entwirken. Vorausgesetzt dazu ist eine kooperatives Geschicklichkeit und idyllischer Größe, die zwischen den nunmehr vereinigten Kollegenten des ehemaligen Sitz Berliner Verbandes und uns allen christlichen Metallarbeiterverbänden.

*

Klempnerkollegen. In der gut besuchten Generalsammlung der hiesigen Ortsgruppe unseres Verbandes erläuterte nach ehrlichen Worten des Vorsitzenden Rolf Trompeter, Rolf, Podie den Jahresbericht, aus dem das eindrückliche Ausmaß unseres Verbandes im Maschinenbau hervorgehoben zu werden verdacht. Die Ausführungen des Vorsitzenden waren in die Massnahme aus, daß auch im laufenden Geschäftsjahr die Kollegen sich ihrerseits bewußt seien, um weiteren Ausbau unserer Organisationen einen Anteil zu nehmen. Die Ausbau unserer Organisationen zum Vorstand brachten in der Belegschaft zahlreiche Posten seine wesentliche Anerkennung. Bereitschaffung der einzelnen Posten wurde ebenfalls als eine wichtige übernahmen auch die Vertretung eingerichtet. Am 1. April nahm dann das Wort in einem Vortrag über das neue Tarifabkommen im Bergbau. Den Gang der diesmaligen Verhandlungen kurz skizzieren, betonte er die Schwierigkeiten, die auch bei diesem Tarifabkommen zu überwinden waren und die ihren hauptsächlichsten Grund in unserer trockenen Gewerkschaftslosigkeit hatten. Wenn auch die in den Lohnverhandlungen beobachteten mit allgemeinem Begeisterung beklagten werden könnten, so sei doch ein schlechter Wunsch unserer Kollegen in Erfahrung gebracht, damit, daß die Spannung in den Handwerkerbezirk nunmehr beseitigt sei. Der Verband wehe auch in Zukunft sicher vornehmlich Pflicht bewußt sein, die sich als notwendig ererbenden Verbesserungen für die Kollektivität zu empfehlen. Die sich an diese Ausführungen anschließende Aussprache war höchst und aufregend interessant. Das Endegebiß war nachstehende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Im Tarifabkommen können wir nicht das erzielten, was uns ein auskömmliches Dasein in der jetzigen Zeit gewährt. Die Spannung zwischen den Kollegen der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer ist entschieden zu groß, denn der Arbeitgeber hat in keiner Weise unter der Leitung zu leiden wie der Gewerkschaftsleiter. Der Verbandsleiter wird die Vertreter auch für die Zukunft ausweichen in der Gewerkschaft, da er für die Folge nichts unternahm blieb darf, einen gerechten Lohn zu erhalten. Weiter muss die Organisation von den Kräften kommandieren, Reaktionen iststellen, immer wieder verlangen, daß eine reiflose Erlassung aller Ernährungsmittel und Bedarfssorten gewährleistet und die zur Verfügung stehende Menge gleichmäig verteilt wird zu Verteilen, die mit dem Einkommen der Arbeiter in Einklang sind. Mit einem Appell an die Erzieherinnen, das Gehörte zu bekräftigen und die Betreuungskräfte möglichst und zauberisch zu besuchen. Schloß Rolf Trompeter die dreistündige in allen Teilen aufregend verlaufene Generalsammlung.

*

Göringen. Vor Kurzem hielt die Verwaltungsstelle Görringen ihre aufsichtliche Generalsammlung ab. Vorsitzender Seeger berührte die anwesenden mit herzlichen Worten. Hierzu verfasste Schriftführer Rolf U. Schröder das Protokoll der letzten Moratoriumsversammlung. Kollegier Rolf Schmid erstattete den Jahresbericht. Vorsitzender Seeger dankte den beiden Rolf für ihre fabellose und mühsame Arbeit und die Arbeit, die sie unerschöpflich vermehrten für den Verband geleistet haben. Alsdann erläuterte Vorsitzender Seeger ausführlich seinen Bericht über das vorangegangene Geschäftsjahr, das reich an Ruhm war, was aber auch um viele Erfahrungen reicher geworden ist. Im Anschluß an seine Ausführungen, die sehr bestäfft aufgenommen wurden, erklärte sich eine lebhafte Aussprache über verschiedene wichtige Fragen. Welch große Einigkeit unter den Kollegen herrschte, zeigte die hierauf getätigte Meinung durch einstimmiges Abstimmen. Dieses wurde durchweg einstimmig durch einstimmiges Abstimmen. Es sind dies die Kollegen und Kolleginnen: 1. Vors. Georg Seeger, 2. Vors. Georg Kölle, Kollegier Eugen Schmidt, Schriftführer Karl Ernst, 2. Schriftführer Herm. Kiefer, Auskunftsmittelalter Kollegen U. Gold, E. Streub, U. Schröder und B. Tröd. Kollegier M. Kuhn, M. Renz, M. Sand und P. Gold. Ferner als Sektionsvorsteher Niederhof, Dressel, Krahn, Lenz, Zaver, Nodurft, Gerga, Lenz, Hofschmid, Konrad, Münni, Kast, ferner weitere Kollegen und Kolleginnen für den Aktionsausschuß. Die harmonisch verlaufene Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden mit dem Wunsche geschlossen, daß auch in Zukunft gute ehrliche Gewerkschaftsarbeit gelebt werde. Jeder muss ohne Menschenfurcht seine Pflicht tun, dann werden wir auch über die letzten schweren Zeiten hinwegkommen. Vorwärts muß man auch bei uns gehen damit reelle Arbeit für die Arbeiterschaft Görringens geleistet werden kann. Jeder muss darum zur immer weiteren Stärkung der Verwaltungsstelle Görringen euren und freudig seine Kraft einleben.

Aus der Jugendbewegung

Mitteilung für Lehrlinge.

Siegen. Eine Streitfrage von weittragender Bedeutung wurde dieser Tage vor dem hiesigen Sitz der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck gebracht. Bei dem Abschluß des Tarifvertrages für die hiesige Metallindustrie waren auch für die in den einzelnen Betrieben beschäftigten Lehrlinge, Röhlöhne festgesetzt worden. Während in allen übrigen Gruppen diese Sätze anstandslos ausgezögkt wurden, meinte es sich die Gruppe der Maschinenbau- und Lokomotivarbeiter, und zwar, nachdem einzelne Werke die Sätze bereits eingeholt hatten. Die ber. Gruppe mochte nicht einstehen, daß die Sätze des Tarifvertrages nur für solche Lehrlinge geltend gemacht werden, die nach Unterricht in den Tarifverträgen eingekettet würden. Mit den bereits früher eingestellten Lehrlingverträgen abgeschlossen, in denen die Entlohnung der betreffenden Lehrlinge verbindlich sei. Da die bestehenden Tarifverträge aber hierzu der Tarifvertrag nicht eingetragen und es wurde aus diesem Grunde die Zahlung der Sätze des Tarifvertrages verworfen und da wo sie bereits zur Auszahlung gefordert waren wieder eingestellt. Daraus ergab sich der unhaltbare Zustand, daß in ein und demselben Betriebe, die Lehrlinge nach zwei verschiedenen Tarifverträgen eingestellt werden. Es konnte vor kommen, daß ein nach dem 1. Jan. 1919 eingestellter Lehrling, der also nach dem Tarifvertrag entlohnt wurde, mehr Lohn bezog, als einer der Lehrlinge schon im zweiten Jahre bezog und die Sätze des Tarifvertrages erhielt. Überzeugt den, ohne daß man uns zwang, unterliegen Lehrlingen die Röhlöhne zu zahlen und darüber einen Unterschied zu machen zwischen Lehrlingen mit mäßiger und solider mit leichteren Tarifverträgen, werden wir unter Lehrlingen als angemäßige Arbeit betrachten und ihnen am Schlusse der Sitzung eine Erklärung dieser Röhlöhne vertheilen. Alle Einigungsverhandlungen scheiterten an dem man-einen Entgegenkommen der Arbeitgeber. Nur dann, wenn wir ehrlich und richtigere Sätze zulassen würden, wo sie mit mit Röhlöhne lassen. Da die Sätze von 0,30 M. im ersten, 0,45 M. im zweiten Jahre u. E. nicht zu hoch und obwohl schon niedriger sind als in den übrigen Gruppen, konnten wir uns hierauf nicht einlassen. Juristische Gutachten, die von beiden Seiten eingeholt wurden, wider-

sprachen sich vollständig. Wir brachten daher die Streitfrage vor den hiesigen Einigungsausschuß und beantragten eine Entscheidung darüber, ob erstmals die Höhe des Tarifvertrags 1919 auch in solche Lehrlinge zu ziehen sind, die in ihrer Lehrlohntabelle niedrigere Röhlöhne vereinbart haben und zweitens ob mündliche Verträge dieselbe Röhlöhe haben, wie schriftliche. Der Einigungsausschuß hat in seiner Sitzung beide Fragen zu Gunsten der Lehrlinge entschieden. Zu Punkt 1 ließ man sich auf den Standpunkt, daß auch der Lehrlöhe ein Vorteil sei, in diesem Falle der Tarifvertrag erweitert werden kann. Zu Punkt 2 wurde festgestellt, daß der mündliche Vertrag die gleiche Röhlöhe hat wie der schriftliche, da mündliche Lehrlöhe, die in der Sitzung wieder erwähnt werden. Auf Grund dieser Richtung führte dann eine Einigung einstimmig, wonach sich die Arbeitgeber verpflichteten, die im Tarifvertrag vorherige Röhlöhne vom 1. Nov. 1919 ab, rückwärts an alle Lehrlinge zu ziehen. Damit ist die Streitfrage, die sich seit 16 Monaten hinzog und uns viele Zeit und Arbeit gekostet hat, erledigt. Die energische Durchsetzung dieser Abschöpfungserachtung, die im Tarifvertrag aufsteht, kann den Arbeitern im Bergbau und Eisenbahn und anderen Unternehmen empfohlen werden kann dem Verband unter allen Umständen die Treue zu wahren. N. S.

Versammlungskalender.

Samstag, den 6. März 1920:

Dortmund. (Elektromonteur.) 8 Uhr im goldenen Löwen, 1. Kampfstraße.

Dortmund-Dorfstadt. (Jugendabt.) 6 Uhr bei Samm.

Dortmund-Erbach. 7 Uhr bei Vogt. (Vertrauensmänner).

Dortmund-Nord. 8 Uhr bei Ville, Lippoldstr., (Vertrauensmänner).

Düsseldorf. 6 Uhr Vertrauensmännerversammlung bei Kleine-Naßland.

Eisen-Werke-Duisburg. 7 Uhr mit Grauen bei W. Kühlmann, Weidland.

Eisen-Körne bei Stadt. 6 Uhr bei Gerlach.

Eisen. (Fachgruppe der Hus- und Wagenschmiede.) 7,30 Uhr bei Schäfer, Brandstraße.

Eisen. (Fachgruppe der Vorsteher und Maaskrüger.) 6 Uhr bei Stephan.

Eisen-Lohausen-Süd. 7 Uhr bei Schmidtmann, Fürstinnenstraße.

Eisen-Lohausen-Nord. 6 Uhr bei Brügel, Marienstraße.

Duisburg-Duisdorf. 11 Uhr bei Tacke.

Duisburg-Erkrath. 10 Uhr bei Kalthoff.

Duisburg-Essen. 10 Uhr bei Kroll, Einkeplatz.

Dortmund 1 (Ungarisch). 11 Uhr bei Höhne Rheinhessen.

Dortmund-König. 10,30 Uhr bei Henzel.

Dortmund-Kückede. 11 Uhr bei Kirch.

Dortmund-Kücken. 11 Uhr bei Müller, Kaiserstraße.

Duisburg-Meiderich. 11 Uhr bei Wehrs, Ludwigstraße.

Duisburg-Königswinter. 5 Uhr bei Witz, Düsseldorfer Straße.

Eisen-Altena. 11 Uhr bei Langermann, (früher Hammelman).

Eisen-Borbeck-Schiffes. 11 Uhr bei Haussmann, Kleyenbachstraße.

Eisen-Borbeck. 10 Uhr bei Ehardt, Kaiser Wilhelm Straße.

60. Jahrestagervers. Mitglieds